



02.14

Editorial

Europa

Europäische Konferenz zum sozialen Unternehmertum in Straßburg

Gesellschaft

Warum soziale Ungleichheit Europäer weniger glücklich macht

Kita-Ausbau erhöht Lebenszufriedenheit der Eltern

Migration

Zuwanderung: Notwendigkeit und Chance für Deutschland

Unter die Lupe genommen: Wanderungstrends in Baden-Württemberg

Pflege

Pflege zwischen Familie, Markt und Staat

Green Care in Österreich: Agrarbetriebe als Gesundheits- und Pflegedienstleister

Gesundheit

Zweite Heidelberger Hundertjährigen-Studie

Materialien

Thomas Veszelits: Die Robin-Hood-Falle. »Mister Karstadt« Nicolas Berggruen. Eine Biographie

Impressum

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

während die Europäische Union das Sozialunternehmertum für sich entdeckt und als „Geschäftsmodell für das 21. Jahrhundert“ anpreist, in dem sich Einzelne oder Gruppen „passioniert dafür einsetzen, das Leben von Menschen oder lokalen Gemeinschaften zu verbessern“, ist etwas unbemerkt daneben eine zweite private Säule des sozialen Zusammenhalts auf kommunaler Ebene entstanden, die genau dieses Ziel verfolgt: Die Bürgerstiftungen.

Als „Stiftungen von Bürgern für Bürger“ sind diese Organisationen ein Inbegriff von gesellschaftlichem Engagement vor Ort. Sie bündeln privates Kapital von Bürgern und Unternehmen für gemeinnützige Zwecke in einem klar umrissenen lokalen Gebiet und tragen mit ihren Aktionen und Projekten zur Erhöhung der Lebensqualität in den Kommunen bei.

Dieses Jahr feiern die Bürgerstiftungen ihren 100. Geburtstag. Am 2. Januar 1914 gründete der Bankier Frederick H. Goff aus Cleveland, Ohio, die erste moderne Bürgerstiftung der Welt. Als er bemerkte, dass viele alte Stiftungen, die seine Bank verwaltete, ihre Zwecke nicht mehr erfüllten, überführte er die Vermögen in eine neue Stiftung. Diese sollte auch für künftige Geldgeber attraktiv sein. So konnten dauerhaft gemeinnützige Projekte mit beispielsweise sozialer oder bildungsfördernder Ausrichtung durchgeführt werden.

Dieses Modell des bürgerschaftlichen Engagements fand vor allem in den USA und Kanada schnell Nachahmer. Verzögert durch die beiden Weltkriege hielten die Bürgerstiftungen erst in den 1960er Jahren Einzug in Europa. Zunächst in Großbritannien wurden philanthrope „Community Foundations“ gegründet, die jedoch meist ein geringeres Kapital aufwiesen als ihre finanzstarken US-amerikanischen Schwesterorganisationen. Die europäischen Bürgerstiftungen unterscheiden sich außerdem durch einen anderen Förderansatz von den Vorbildern jenseits des Atlantiks: Während die amerikanischen Stiftungen meist die Arbeit gemeinnütziger Vereine und Einrichtungen vor Ort finanziell unterstützen, legen die europäischen Ableger eher eigene Aktionsprogramme auf.

Deutschland belegt heute weltweit den 2. Platz bei den Bürgerstiftungen hinter den USA und noch vor Großbritannien und Kanada, obwohl diese Form des gesellschaftlichen Engagements hierzulande erst sehr spät aufkam. Die ersten deutschen Bürgerstiftungen wurden 1996 in Gütersloh und 1997 in Hannover gegründet. Nur zehn Jahre später wurde die hundertste Gründung einer Bürgerstiftung gefeiert, und 2010 – also nach nur 14 Jahren – bereits die zweihundertste. Heute gibt es rund 300 Bürgerstiftungen in Deutschland. Diese verfügen über ein Gesamtvermögen von etwa 216 Millionen Euro und haben im Jahr 2012 mehr als 18 Millionen Euro für gemeinnützige Zwecke ausgegeben.

Die deutschen Bürgerstiftungen gelten trotz ihres im Vergleich zu den USA (50 Mrd. US-Dollar) geringen Stiftungskapitals international als stark und erfolgreich. Eine wichtige Rolle spielt dabei das Gütesiegel des Bundesverbands Deutscher Stiftungen, das für die 259 angeschlossenen Bürgerstiftungen einen einheitlichen nationalen Standard gewährleistet.

Also eine Erfolgsstory im Sinne des bürgerschaftlichen Engagements und des sozialen Zusammenhalts auf kommunaler Ebene –

und das ganz ohne politische Initiative...

Eine inspirierende Lektüre wünscht Ihnen

Ihre Redaktion

In dieser Ausgabe der trend informationen finden Sie einen Beitrag von Henning Braem, EU-Referent der Bank für Sozialwirtschaft, über die große Konferenz zum Thema „Sozialunternehmertum“, die am 16./17. Januar in Straßburg stattgefunden hat. Die Zitate am Anfang des Editorials stammen aus der dort verabschiedeten „Straßburger Erklärung“. Weitere Informationen zum Thema Bürgerstiftungen können Sie [hier](#) abrufen.

Europa

Europäische Konferenz zum sozialen Unternehmertum in Straßburg

In den letzten Jahren ist die Bedeutung des sozialen Unternehmertums verstärkt in den europäischen Fokus geraten. So stellt die Sozialwirtschaft mit einem BIP-Anteil von 10 Prozent und 11 Millionen Beschäftigten EU-weit eine tragende Säule der europäischen Wirtschaft dar. Im Vordergrund stehen dabei nicht die reine Gewinnerzielungsabsicht, sondern vor allem soziale Zielsetzungen. Nicht zuletzt aus diesem Grund hat sich die Sozialwirtschaft in der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise deutlich resistenter als die Privatwirtschaft gezeigt.

Angesichts der bereits aktuell großen Bedeutung sowie auch des noch nicht ausgeschöpften Potenzials der Sozialwirtschaft hat die Europäische Kommission im Jahr 2011 eine „Initiative für soziales Unternehmertum“ vorgelegt. Diese vereint unter den drei Kernzielen „verbesserter Zugang zu Finanzmitteln“, „mehr Sichtbarkeit für das soziale Unternehmertum“ und „Verbesserung des rechtlichen Umfelds“ ein Maßnahmenpaket zur Förderung des sozialen Unternehmertums in Europa.

Mehr als 2.000 Teilnehmer

Vor diesem Hintergrund fand vom 16. bis 17. Januar 2014 in Straßburg eine europäische Konferenz zum sozialen Unternehmertum mit dem Titel: „SozialunternehmerInnen: Ihre Meinung zählt!“ statt, an der über 2.000 Sozialunternehmer und Interessenträger aus der Sozialwirtschaft teilnahmen. Ziel der Veranstaltung war eine Bestandsaufnahme der Auswirkungen der „Initiative für soziales Unternehmertum“ auf die Sozialwirtschaft in Europa, die Erarbeitung künftiger Prioritäten zur Förderung des sozialen Unternehmertums sowie die Stärkung von Netzwerken und die Verbesserung der Zusammenarbeit der Akteure.

Dabei folgte die Veranstaltung gemäß ihrem Titel einem partizipatorischen Ansatz und gab den Teilnehmern neben den gewohnten Vorträgen und Panel-Diskussionen über parallel stattfindende Workshops und Open-Space-Sessions Gelegenheit, sich aktiv an der Diskussion zu beteiligen und Ideen einzubringen.

Vertreter der EU-Institutionen

Die Veranstaltung war hochrangig besetzt. So nahmen mehrere Mitglieder der Europäischen Kommission teil: Antonio Tajani (Industrie und Unternehmertum, Vizepräsident der Europäischen Kommission), Michel Barnier (Binnenmarkt und Dienstleistungen) sowie Lázló Andor (Beschäftigung, Soziales und Inklusion). Das Europäische Parlament wurde durch seinen Präsidenten Martin Schulz vertreten, der die Bedeutung der Sozialwirtschaft betonte und die Botschaft des Parlaments überbrachte, dass die Wirtschaft nicht dem Profit des Einzelnen, sondern den Menschen und der Stärkung des sozialen Zusammenhalts dienen müsse. Auch der Präsident des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, Henri Malosse, gehörte zu den Rednern.

Es wurde im Verlauf der Konferenz wiederholt darauf hingewiesen, dass das Ziel eines nachhaltigen Wachstums in Europa nur erreicht werden könne, wenn dieses Wachstum mit sozialem Zusammenhalt einhergehe. Dazu könne und solle die Sozialwirtschaft in Zukunft einen noch größeren Beitrag leisten.

„Straßburger Erklärung“ zur Ausschöpfung des Potenzials der Sozialunternehmen

Zeitlich zum Ende der Legislaturperiode des Europäischen Parlaments und der Amtszeit der Europäischen Kommission platziert, wollte die Konferenz demonstrieren, dass die Förderung und Entwicklung des sozialen Unternehmertums auch in der Zukunft einen wichtigen Punkt auf der europäischen Tagesordnung darstellen werde. Diese Forderung fand so auch ausdrücklichen Eingang in die zehn Punkte umfassende „Straßburger Erklärung“, die die Konferenz abschloss.

Die Erklärung betont einleitend den Beitrag der Sozialunternehmen für die soziale Marktwirtschaft und den sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt und benennt vier Wesenszüge für soziales Unternehmertum:

- „Erwirtschaftung von marktbasierendem Einkommen;
- das soziale oder gesellschaftliche gemeinnützige Ziel ist Sinn und Zweck der Geschäftstätigkeit [...];
- Gewinne werden größtenteils wieder investiert, um dieses soziale Ziel zu erreichen;
- ihre Organisationsstruktur oder Eigentumsverhältnisse spiegeln dieses Ziel wider, da sie auf Prinzipien der Mitbestimmung oder Mitarbeiterbeteiligung basieren oder auf soziale Gerechtigkeit ausgerichtet sind.“

Angesichts der Wirtschaftskrise und zentraler Herausforderungen wie demografischem Wandel, Rekordjugendarbeitslosigkeit und Klimawandel brauche Europa mehr Sozialunternehmen. Die Erklärung fordert weitere Anstrengungen für den Ausbau eines „Ökosystems“ zur Förderung von Sozialunternehmen. In Form eines „Aufrufs zur Ausschöpfung des Potenzials der Sozialunternehmen“ zählt sie zehn Maßnahmen auf:

So solle die Europäische Union aufbauend auf der Initiative von 2011 eine Folgeinitiative zur Stärkung des sozialen Unternehmertums entwickeln. Weitere Punkte der Erklärung betreffen die verbesserte Zusammenarbeit mit Sozialunternehmen auf allen Ebenen, die Förderung des Kapazitätsaufbaus von Sozialunternehmen durch Schaffung entsprechender rechtlicher Rahmenbedingungen und eines besseren Zugangs zu Finanzierungen, den verstärkten grenzüberschreitenden Austausch bewährter Verfahren, die weitere Forschung und Datenerhebung und die Berücksichtigung sozialer Indikatoren für den wirtschaftlichen Fortschritt.

Fazit

Als Fazit kann festgehalten werden, dass die Konferenz die Aufmerksamkeit auf die Sozialwirtschaft gelenkt und damit die Sichtbarkeit des Sektors gefördert hat, sodass das soziale Unternehmertum auch in Zukunft im europäischen Fokus bleiben wird. Die in der Straßburger Erklärung zusammengefassten Ergebnisse der Konferenz werden die Grundlage für die zukünftigen Aktionen auf europäischer Ebene bilden.

Die „Straßburger Erklärung“ ist [hier](#) abrufbar.

Gesellschaft

Warum soziale Ungleichheit Europäer weniger glücklich macht

Die Glücksforschung beschäftigt sich seit längerem mit der Frage, ob soziale Ungleichheit Einfluss auf das subjektive Wohlbefinden von Menschen hat. Generell wird angenommen, dass eine große Kluft zwischen Arm und Reich zu einem geringeren Wohlbefinden bei den Bürgern führt. Menschen sind demnach weniger glücklich, wenn sie tagtäglich große Einkommensunterschiede in ihrem Umfeld erleben. Empirisch konnte diese Annahme in weit gefassten internationalen Vergleichen jedoch nicht durchgängig bewiesen werden. Zudem bestehen große Unterschiede zwischen verschiedenen Regionen der Welt, die nahe legen, dass gerade die Europäer mit einem verminderten subjektiven Wohlbefinden auf soziale Ungleichheit reagieren. Die Gründe, die möglicherweise zu diesem Zusammenhang führen, sind bislang nicht untersucht worden.

Eine neue soziologische Studie der Jacobs University Bremen hat nun analysiert, ob und warum soziale Ungleichheit das subjektive Wohlbefinden von Europäern mindert. Die Bremer Wissenschaftler Jan Delhey und Georgi Dragolov nutzten dafür die repräsentativen Daten der zweiten europaweiten Erhebung zur Lebensqualität, die 2007 im Auftrag der „Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen“ durchgeführt wurde. Dabei wurden über 30.000 Personen aus dreißig europäischen Ländern zu ihrer Lebensqualität befragt.

Mögliche Ursachen

Drei mögliche Gründe für den Zusammenhang zwischen sozialer Ungleichheit und geringerem Wohlbefinden legten die Forscher als Hypothesen zugrunde:

- Der Verlust von Vertrauen gegenüber den Mitmenschen innerhalb einer Gesellschaft führt zu einem geringeren sozialen Zusammenhalt, was sich wiederum negativ auf Glück und Lebenszufriedenheit auswirkt.
- Statusängste, also die Angst vor Geringschätzung durch die Mitbürger aufgrund der persönlichen beruflichen Situation oder des individuellen Einkommens, werden durch eine ungleiche Einkommensverteilung befördert und führen zu vermindertem Wohlbefinden. Dies sei vor allem in wohlhabenden europäischen Ländern der Fall, so die Annahme.
- Wahrgenommene soziale Spannungen zwischen Armen und Reichen in einer Gesellschaft tragen zur Unzufriedenheit der Bevölkerung bei.

Ergebnisse der Studie

Generell konnte festgestellt werden, dass Gesellschaften mit einem stärker ausgeprägten sozialen Gefälle tendenziell weniger glückliche Bürger haben. Wenn die Kluft zwischen Arm und Reich groß ist, fühlen sich die Europäer weniger wohl.

Was die konkreten Ursachen dafür angeht, konnten die Wissenschaftler in von sozialer Ungleichheit geprägten Gesellschaften den Zusammenhang zwischen Vertrauensverlust sowie Statusängsten und einem geringeren subjektivem Wohlbefinden nachweisen. Soziale Ungleichheit mindert das Vertrauen in einer Gesellschaft und erhöht die Angst vor Geringschätzung durch die

Mitmenschen. Beide Mechanismen haben eine negative Wirkung auf die Lebenszufriedenheit.

Allerdings stellte sich heraus, dass entgegen der anfänglichen Erwartungen der Wissenschaftler Statusängste eher in weniger wohlhabenden europäischen Ländern der zentrale Grund für eine verminderte Lebenszufriedenheit sind. In den reicheren Ländern dagegen ist der Vertrauensverlust in der Gesellschaft hervorgerufen durch soziale Ungleichheit der ausschlaggebende Faktor für ein verringertes Wohlbefinden.

Ein Zusammenhang zwischen wahrgenommenen sozialen Spannungen und Auswirkungen auf das Wohlbefinden der Bürger konnte in der Studie nicht nachgewiesen werden. Die dritte Hypothese wurde daher fallengelassen.

Wohlstand immer noch wichtiger als dessen Verteilung

Auch wenn die Studie vor allem die Wirkung von Ungleichheit in europäischen Gesellschaften untersucht, ist insgesamt gesehen die Höhe des Pro-Kopf-Einkommens immer noch wichtiger für das Wohlbefinden der Europäer als dessen Verteilung. Wenn das Pro-Kopf-Einkommen mit in Betracht gezogen wird, zeigt sich, dass dieses größere Auswirkungen auf die Lebenszufriedenheit hat als die Kluft zwischen Arm und Reich.

Der Bremer Soziologe und Autor der Studie Jan Delhey kommentiert dies so: „Europäer wollen Wohlstand und Einkommensgleichheit, in dieser Reihenfolge. Eine Politik, die diese beiden Ziele unterstützt, ist am ehesten dazu geeignet, Europäer glücklich zu machen.“

Die englischsprachige Studie mit dem Titel "Why Inequality Makes Europeans Less Happy: The Role of Distrust, Status Anxiety, and Perceived Conflict" von Jan Delhey und Georgi Dragolov ist im Oktober 2013 in der führenden akademischen Zeitschrift „European Sociological Review“ erschienen und [unter diesem Link](#) gegen Gebühr abrufbar.

Kita-Ausbau erhöht Lebenszufriedenheit der Eltern

Beginnend mit dem Jahr 2005 und nochmals verstärkt seit Inkrafttreten des Kinderförderungsgesetzes 2008 wurde in Deutschland das Angebot an Kinderbetreuung für unter dreijährige Kinder flächendeckend ausgebaut. Im Westen Deutschlands hat sich dadurch die Betreuungsquote in dieser Altersgruppe von 10 auf 20 Prozent bis 2011 praktisch verdoppelt, im Osten ist sie von 40 auf 50 Prozent gestiegen.

Eine aktuelle Studie des „Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung“ (DIW, Berlin) hat untersucht, ob die mit dem Ausbau der Kleinkinderbetreuung verbundene Entlastung der Eltern ihre Zufriedenheit in verschiedenen Lebensbereichen spürbar erhöht hat. Einbezogen wurden die Zufriedenheit mit der Kinderbetreuung, mit dem Familienleben, mit dem eigenen Einkommen, mit der Gesundheit und die Lebenszufriedenheit allgemein. Die Analyse schenkt dabei den Ost-West-Unterschieden besondere Aufmerksamkeit, da der Osten Deutschlands nach wie vor über ein breiteres Kita-Angebot verfügt und Müttererwerbstätigkeit

sowie die Nutzung öffentlicher Kleinkindbetreuung dort sozial akzeptierter sind als in Westdeutschland.

Für ihre Untersuchung haben die DIW-Forscher Pia Schober und Christian Schmitt Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) und der Studie „Familien in Deutschland“ (FiD) ausgewertet und mit Informationen der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik verknüpft. Diese geben Aufschluss über die regionale Betreuungsquote in 412 Kreisen. Der Beobachtungszeitraum reichte von 2007 bis 2011. Die Stichprobe umfasste durchschnittlich 15 Familien pro Kreis und Jahr.

Mütter profitieren stärker als Väter

Vor allem in Westdeutschland ist in den Jahren 2007 bis 2011 in jenen Landkreisen, in denen das Betreuungsangebot stark ausgeweitet wurde, die Lebenszufriedenheit der Mütter deutlich gestiegen“, stellt Studienautorin Pia Schober fest. Tendenziell sind zwar beide Elternteile zufriedener mit der Kinderbetreuung und mit dem Familienleben, wenn es ein breiteres Betreuungsangebot in der Region für ihre Kinder gibt. Darüber hinaus sind jedoch Mütter im Westen Deutschlands vor allem mit ihrer Einkommenssituation zufriedener, was auch damit zusammenhängen dürfte, dass ihnen durch den Ausbau der Kinderbetreuung ein schnellerer Wiedereinstieg in das Erwerbsleben möglich ist.

Allerdings hat sich durch die Ausweitung des Kita-Angebotes hauptsächlich die Teilzeitbeschäftigung der Mütter erhöht. Dies gilt sowohl für westdeutsche als auch für ostdeutsche Mütter, obwohl die Teilzeitbeschäftigung von Frauen in der Vergangenheit nur eine geringe Bedeutung auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt hatte. Erstaunlich ist ferner, dass auch Mütter in Ostdeutschland zufriedener mit der Kinderbetreuung sind, obwohl die Betreuungsquote dort bereits vor dem jüngsten Ausbau viel höher war als in Westdeutschland. Dies dürfte daran liegen, dass auch die Suche nach einem Kita-Platz durch mehr Einrichtungen erleichtert wird, und zeigt, dass trotz eines bereits relativ großen Angebotes die Nachfrage immer noch erheblich ist.

Fazit

Der Ausbau der staatlich geförderten Kleinkindbetreuung erhöht die Zufriedenheit der Eltern, und zwar – über die Betreuungssituation hinaus – oftmals auch in anderen Lebensbereichen. Dies ist das zentrale Ergebnis der DIW-Studie. Mütter in Ost- und Westdeutschland sind nicht nur zufriedener mit den vorhandenen Betreuungsmöglichkeiten, sondern auch mit ihrem Familienleben. Auch bei westdeutschen Vätern wurde eine höhere Zufriedenheit mit dem Familienleben festgestellt. Daraus lässt sich ableiten, so die Autoren, dass letztlich die ganze Familie von einem Ausbau der Kleinkindbetreuung profitiert.

Für westdeutsche Mütter ging der Kita-Ausbau für die unter Dreijährigen auch mit einer höheren Zufriedenheit mit ihrem persönlichen Einkommen, ihrer Gesundheit und dem Leben insgesamt einher. Dies legt den Schluss nahe, dass der Ausbau der Kleinkindbetreuung dazu beiträgt, die Doppelbelastung zwischen Beruf und Familie zu verringern, die wegen der nach wie vor dominanten Geschlechterrollen hauptsächlich die Mütter trifft.

Perspektiven für die Zukunft

Daraus ergebe sich, dass dem weiteren Ausbau der Kleinkinderbetreuung „eine erheblich Bedeutung“ zukomme, so die Schlussfolgerung der Studie. Die Autoren Schober und Schmitt gehen davon aus, dass die Relevanz einer gut ausgebauten Betreuungsinfrastruktur in Zukunft noch zunehmen werde. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Zunahme von prekären Beschäftigungsverhältnissen seien zunehmend zwei Erwerbseinkommen notwendig, um eine Familie finanziell abzusichern.

Die Studie „Ausbau der Kinderbetreuung – Entlastung der Eltern erhöht Zufriedenheit“ von Pia Schober und Christian Schmitt ist als DIW-Wochenbericht Nr. 50.2013 im Dezember 2013 erschienen und kann [hier](#) abgerufen werden.

Migration

Zuwanderung: Notwendigkeit und Chance für Deutschland

Aus Anlass der aufgeflamnten Diskussion um die Zuwanderung von Rumänen und Bulgaren nach Deutschland hat das „Institut der deutschen Wirtschaft Köln“ (IW) einen Beitrag zur aktuellen politischen Debatte veröffentlicht. „12 gute Gründe für Zuwanderung“ lautet der Titel des IW policy paper von Dr. Wido Geis und Felicitas Kemeny, das am 20. Januar 2014 in Köln vorgestellt wurde. Darin untersuchen die Autoren die Entwicklung der Zuwanderung nach Deutschland zwischen dem Jahr 2000 und heute und nennen zwölf positive Effekte der Migrationsströme. Sofern es möglich war, bezogen sie auch Daten für Bulgarien und Rumänien ein, um der teils polemisch geführten Diskussion mit wissenschaftlichen Fakten entgegenzutreten.

Mehr Zuwanderung als Abwanderung

In den letzten fünf Jahren hat die Zuwanderung nach Deutschland stark zugenommen. Während in den Jahren 2008 und 2009 mehr Menschen abwanderten als zuwanderten, verzeichnete das Statistische Bundesamt im Jahr 2010 per Saldo eine Zuwanderung von 128.000 Personen. 2011 wanderten bereits 279.000 und 2012 sogar 369.000 mehr Personen zu als das Land verließen. Im ersten Halbjahr 2013 lag die Nettozuwanderung bei 206.000, sodass mit einer weiteren Steigerung für 2013 gerechnet wird.

Höhere Qualifikationen und mehr Erwerbsbeteiligung bei den Zuwanderern

Was die Qualifikation der Zuwanderung angeht, so zeichne sich ein Trend hin zu einem höheren Akademikeranteil ab. Während in den 1990er Jahren nur 16,1 Prozent der Migranten zwischen 25 und 64 Jahren einen Hochschulabschluss besaßen, machte diese Gruppe in den 2000er Jahren bereits 29,1 Prozent der Zuwanderer aus. „Selbst bei Personen aus Bulgarien und Rumänien, die derzeit häufig im Kontext von Armutszuwanderung genannt werden, liegt der Anteil bei 24,5 Prozent“, stellt das Institut fest. Der Anteil der Akademiker an der deutschen Gesamtbevölkerung in der gleichen Altersgruppe betrage dagegen nur 18,7 Prozent.

Seit 2005 sei außerdem der Anteil der Erwerbstätigen an den 25- bis 64-Jährigen Zuwanderern von 53,4 Prozent auf 63,0 Prozent im Jahr 2011 gestiegen. Dass die Quote unter dem Erwerbstätigenanteil der Gesamtbevölkerung (77,9 Prozent) liege, erklären die Forscher unter Bezugnahme auf eine Studie der Bertelsmann Stiftung von 2009 mit dem traditionellen Rollenverständnis vieler Zuwanderer, das die Berufstätigkeit der Frauen einschränke.

Von den Zuwanderern arbeiteten in den Jahren 2001 bis 2011 durchschnittlich 22,8 Prozent als hochspezialisierte Fach- oder Führungskräfte, z. B. als Juristen, Ärzte, Unternehmensberater, wissenschaftliche Lehrkräfte oder Geschäfts- bzw. Geschäftsbereichsleiter. Dieser Anteil habe sich gegenüber dem Zeitraum 1990 bis 2000 fast verdoppelt. Auch von den Zuwanderern aus Rumänien und Bulgarien bekleideten 18 Prozent eine solche Fach- oder Führungsposition. Ein großer Unterschied zu Migranten aus anderen Herkunftsländern lasse sich daher bei den Rumänen und Bulgaren nicht feststellen, folgert das IW.

Zuwanderung als Mittel gegen den Fachkräftemangel

Ab 2015 prognostizieren die führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute einen Rückgang der Zuwanderung, weil auch die wichtigsten Herkunftsländer in Ost- und Südeuropa dem demografischen Wandel unterliegen werden. Die Folge sei ein drohender Fachkräftengpass. „Ein kontinuierlicher Zustrom ausländischer Fachkräfte wird sich langfristig wahrscheinlich nur realisieren lassen, wenn es Deutschland gelingt, mehr Personen aus demografiestarken Ländern (etwa in Süd- und Südostasien) zu gewinnen“, meinen die Experten des IW. „Hierfür sollte die Gesellschaft dringend ein klares Willkommenssignal setzen“, sagte der Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft, Prof. Dr. Michael Hüther. Er empfiehlt der Bundesregierung, das Zuwanderungsrecht weiter zu liberalisieren, die Anerkennung ausländischer Abschlüsse zu verbessern und die Willkommenskultur in Deutschland zu stärken. Außerdem sollte Deutschland bereits im Heimatland potenzieller Zuwanderer aktiv auf interessierte Personen zugehen.

Gute Gründe für Zuwanderung

Auf Basis der oben genannten Daten führt der Debattenbeitrag des IW zwölf Gründe für den positiven Effekt von Zuwanderung auf:

„Zuwanderung stärkt die Wirtschaftskraft, weil sie

- das Potenzial an Fachkräften vergrößert,
- internationale Aktivitäten von Unternehmen erleichtert und
- die Innovationskraft und das Wachstum steigert.

Zuwanderung stärkt die öffentlichen Haushalte, weil sie

- die Einnahmen der Rentenversicherung vergrößert,
- die Kranken- und Pflegeversicherung stabilisiert und
- die öffentlichen Haushalte insgesamt entlastet.

Zuwanderung verbessert die Lage in den Kommunen, weil sie

- die Schrumpfung vieler Städte und Dörfer abmildern kann,
- zu einer ausgewogeneren Altersstruktur der Bevölkerung führt und
- die medizinische Versorgung und Pflege verbessert.

Zuwanderung kommt auch der Bevölkerung direkt zugute, weil sie

- Wohlstand schafft,
- die Lage inländischer Arbeitnehmer verbessert und
- das kulturelle Leben in Deutschland bereichert." (S. 2)

Diese Thesen werden in dem 20-seitigen Policy Paper unter Auswertung aktueller Daten begründet. Beispielhaft seien folgende Argumente herausgegriffen:

Zuwanderung stärkt die Wirtschaftskraft

In den Jahren 2011 bis 2011 verfügten 10,2 Prozent der 25- bis 65-jährige Zuwanderer über einen Hochschulabschluss in einem der begehrten MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften oder Technik). Unter den Rumänen und Bulgaren lag dieser Anteil bei 8,4 Prozent, während er in der Gesamtbevölkerung nur 6 Prozent ausmachte. Um auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig zu sein, steige in den Unternehmen außerdem der Bedarf an Mitarbeitern mit interkulturellen Kompetenzen. Dass außerdem ein Zusammenhang zwischen Zuwanderung und Innovationen, kultureller Vielfalt und Wirtschaftswachstum bestehe, zeige die empirische Wirtschaftsforschung, so das Institut.

Zuwanderung stärkt die öffentlichen Haushalte

In Bezug auf die öffentlichen Haushalte führt die Studie zusätzliche Einnahmen für die Rentenversicherung durch Zuwanderung an. So seien fast 42 Prozent der Zuwanderer 2011 sozialversicherungspflichtig beschäftigt gewesen. Bei den Zuwanderern aus Rumänien und Bulgarien habe die Quote 2011 fast 40 Prozent, bei den in Deutschland geborenen Personen hingegen nur 35,5 Prozent betragen. Auch die Kranken- und Pflegeversicherung profitiere unter dem Strich von der Zuwanderung – trotz des unmittelbaren Anspruchs auf Leistungen auch ohne Arbeitsplatz.

Im Hinblick auf die Inanspruchnahme von Leistungen der Sozialversicherungen, die das Unwort des Jahres 2013 „Sozialtourismus“ hervorgerufen hat, stellt das IW einen positiven gesamtfiskalischen Beitrag der Zuwanderer fest. „So bezogen Neuzuwanderer im Jahr 2009 wesentlich seltener als die Gesamtbevölkerung beitragsfinanzierte Transfers (z.B. Arbeitslosengeld I und Renten) und etwa gleich häufig steuerfinanzierte Leistungen wie Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe.

Zuwanderung verbessert medizinische Versorgung und Pflege

Dass Zuwanderer häufig Gesundheits- und Pflegeberufe ausüben, ist bekannt. So waren im Jahr 2011 5,7 Prozent der Ärzte und 3,6 Prozent der Altenpfleger in Deutschland nach dem Jahr 2000 zugewandert. Der Bedarf an Gesundheits- und Pflegeleistungen und entsprechenden Fachkräften wird wegen des demografischen Wandels in den nächsten Jahren noch enorm ansteigen. „Damit es nicht zu substantiellen Engpässen bei medizinischer Versorgung und Pflege kommt, muss die Zahl der in Gesundheits- und Pflegeberufen ausgebildeten Fachkräfte in den kommenden Jahren deutlich ansteigen. Hierbei kann Zuwanderung eine zentrale Rolle spielen“, stellen die Autoren fest.

Das IW policy paper 2/2014 „12 gute Gründe für Zuwanderung“ von Dr. Wido Geis und Felicitas Kemeny ist [hier](#) abrufbar.

Unter die Lupe genommen: Wanderungstrends in Baden-Württemberg

Seit dem Jahr 2000 lässt sich eine Bevölkerungszunahme in den Städten erkennen. Gleichzeitig nimmt in vielen ländlichen Gemeinden die Bevölkerung ab. Um die Wanderungsbewegungen im Bundesland Baden-Württemberg besser zu verstehen, hat Dr. Bernhard Hochstetter, Referent beim Statistischen Landesamt Baden Württemberg, einmal genauer hingeschaut. In den Monatsheften Nr. 9 und Nr. 10/2013 des Statistischen Landesamtes hat er unter dem Thema: „Stadt – Land – Flucht?“ seine Untersuchungen zum Wanderungsverhalten hinsichtlich der Wanderungsrichtung, der Entfernung und der Altersgruppen publiziert.

Teil I: Analysen zu aktuellen Wanderungstrends

Grundlage für seine Analysen ist ein „flächendeckender“ Ansatz, der sich auf die im Landesentwicklungsplan von Baden-Württemberg von 2002 festgelegte Gebietsstruktur stützt. Darin werden vier Gebietstypen unterschieden: Oberzentren, das Umland von Oberzentren, Mittelzentren und das Umland von Mittelzentren. Die Klein- und Unterzentren sind Teil des Umlandes. Die Wanderungsentfernungen werden nach Fernwanderung (Wanderungen über Landesgrenzen sowie ins und aus dem Ausland), BW-Wanderung (Umzüge innerhalb des Landes aber über die Grenzen eines Mittelbereiches) und Zentrum-Umland-Wanderung unterschieden. Betrachtet wird der Zeitraum von 1994 bis 2011.

Wanderungsverhalten unterschiedlicher Altersgruppen

Die gesellschaftlichen und ökonomischen Veränderungen der letzten Jahre führten in Baden-Württemberg nicht zu einer Zunahme der Umzugsintensität. Bei den meisten Altersgruppen nimmt die Wanderung ab. Eine Zunahme ist bei den 21- bis unter 30-Jährigen erkennbar. Einem sehr stabilen Trend in Richtung Oberzentren folgt die Fernwanderung der Jugendlichen im Alter von 18 bis 25 Jahren. Niedrigere Wanderungsintensität, aber eine ausgeglichene Wanderungsbilanz, zeigt die Altersgruppe der 25- bis 30-Jährigen. In der Summe aller Wanderungsdistanzen wirkt die Wanderung dieser Altersgruppe hin zur Reurbanisierung. Besonders positiv schneidet bei dieser Altersgruppe das Umland von Oberzentren bei der Zentrum-Umland-Wanderung ab.

Dass Familien verstärkt in Großstädte ziehen, bestätigt sich nicht. Sie folgen eher dem Trend der Suburbanisierung. Bei den 50- bis 65-Jährigen verliere das Land, wenn auch gering, Bevölkerung durch Abwanderung. Ältere Erwerbstätige ziehen vom Zentrum nur relativ selten ins Umland. In den ersten 10 Jahren nach Eintritt des Rentenalters wird am wenigsten umgezogen. Während die Zuwanderung aus dem Ausland im Zeitraum 2009 bis 2011 abgenommen hat, stieg die Zahl der Abwanderung ins Ausland. Vermutlich handle es sich um Pensionäre, die nach Eintritt des Rentenalters in die Heimat zurückkehren.

Resümee des Teils I

In den 1990er Jahren ist aufgrund unterschiedlichster Wanderungstrends ein Bevölkerungsverlust in den Zentren zu Gunsten des Umlandes erkennbar. Die gegenwärtig positive Entwicklung der Zentren auf Kosten der Umlandgemeinden resultiert vorwiegend aus der Wanderungsbewegung junger Erwachsener im Alter von 18 bis 25 Jahren, die aus allen Gebieten Baden-Württembergs und über die Landesgrenzen hinweg in die Oberzentren wandern. Der wichtigste Grund für die Zuwanderung in die Oberzentren sei der Umzug zum Hochschulstandort.

Teil II: Einfluss der Babyboomer und der Bildungsexpansion

Die Kinder der Babyboom-Generation haben nach der Jahrtausendwende das Jugendlichenalter erreicht. Damit habe die Zahl der jungen Erwachsenen um über 80.000 zugenommen. In der Studie wird nachgewiesen, dass das Wanderungsverhalten dieser Altersgruppe eng mit der Aufnahme eines Studiums zusammenhängt. Von 2000 bis 2011 sei die Zahl der Schulabgänger mit Hochschulreife von 42.000 auf 72.000 angestiegen. Daraus wird geschlossen, dass dieser Anstieg ursächlich für die Wanderungsbewegungen der 18- bis unter 21-Jährigen in die Oberzentren ist. Dazu kommt, dass es durch den doppelten Abiturjahrgang 2012 fast 100.000 Hochschulzugangsberechtigte gab. Das sind 34 Prozent mehr als 2011. Die Aussetzung der Wehrpflicht habe die Studienanfängerzahlen zusätzlich nach oben schnellen lassen. Hochstetter geht davon aus, dass die Zahl der Hochschulzugangsberechtigten 2013 wieder auf das Niveau von 2009 (ca. 67.000) absinken wird. Allerdings werde der Rückgang der Studienanfänger gemäßigt verlaufen als der der Schulabgänger.

Ausblick

Durch den Rückgang der jugendlichen Erwachsenen werde sich das Wachstum der Oberzentren abschwächen. Schon in kurzer Zeit werde die Wohnungsnachfrage von jungen Erwachsenen auf dem Wohnungsmarkt sinken. Da jedoch die Abwanderungsneigung anderer Altersgruppen aus den Oberzentren abgenommen habe, sei ein Bevölkerungsverlust in den Oberzentren, wie es ihn in den 1990er Jahren gab, unwahrscheinlich. Umlandgemeinden der Oberzentren werden voraussichtlich von der Suburbanisierungswanderung profitieren.

Hochstetter zeigt anhand seiner Analysen, dass sich für ländliche Gemeinden keine Verbesserung der demografischen Situation ergibt. In Großstädten mit Hochschulstandorten ist demnächst mit einer Stagnation des Zustroms junger Erwachsener zu rechnen. Dies gelte es bei der Infrastrukturplanung zu berücksichtigen.

Für Baden-Württemberg könne man sagen, nach der Stadtflucht kommt nicht die Landflucht – einen einheitlichen Trend gebe es nicht.

Die Beiträge von Dr. Bernhard Hochstetter in den Statistischen Monatsheften Baden-Württemberg 9/2013 und 10/2013 finden Sie [hier](#) (Teil I) und [hier](#) (Teil II).

Pflege

Pflege zwischen Familie, Markt und Staat

Der demografische und soziale Wandel stellt das Pflegesystem vor große Herausforderungen. Während einerseits die Zahl der Pflegebedürftigen steigt, schrumpft andererseits die Verfügbarkeit von Pflegekräften. Letzteres wird nicht nur durch schlechte Lohn- und Arbeitsbedingungen verstärkt, sondern spitzt sich insbesondere vor dem Hintergrund einer sinkenden Anzahl privat pflegender Angehöriger zu. Bisher übernahmen den Großteil der Pflegearbeit private Angehörige. Doch die steigende Erwerbstätigkeit von Frauen und veränderte Familienstrukturen erfordern einen Wandel.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat ein Positionspapier veröffentlicht, das Handlungsspielräume aufzeigt, wie Pflegearbeit in Deutschland neu ausgerichtet und verbessert werden kann. Der Beitrag stellt die Überlegungen zur Versorgungsqualität in den Mittelpunkt und betrachtet diese vor dem Hintergrund verfügbarer Pflegenden sowie dem Beitrag der Pflegepolitik.

Wer pflegt unter welchen Bedingungen?

Rund 70 Prozent aller Pflegebedürftigen in Deutschland, etwa 1,76 Millionen Menschen, werden zu Hause gepflegt. Etwa zwei Drittel davon erfahren die Pflege nur durch ihre Angehörigen. 60 Prozent aller Pflegenden sind nicht erwerbstätig, wobei etwa ein Viertel die Arbeit aufgrund der Pfllegetätigkeit aufgegeben hat. Analysen ergaben, dass dem Arbeitsmarkt auf diese Weise ein Arbeitskräftepotenzial von 3,2 Millionen Vollerwerksplätzen entzogen wird. Die Geschlechterverhältnisse sind noch klar zu bestimmen: Zwei Drittel der privaten Pflegearbeit wird durch Frauen getätigt. Das Durchschnittsalter pflegender Frauen liegt bei 50 bis 60 Jahren, das der Männer bei 80 Jahren, die dann schon im Ruhestand sind. Viele pflegende Angehörige haben aufgrund der körperlichen und seelischen Belastungen gesundheitliche Risiken. Die Betriebskrankenkasse von Siemens hat laut Bericht von 2011 für pflegende Angehörige 18 Prozent höhere Ausgaben getätigt als für die übrige Belegschaft. Sie kam überdies zu dem Ergebnis, dass pflegende Angehörige häufiger gefährdet sind, an Depressionen und chronischen Krankheiten zu erkranken.

In der Pflege Beschäftigte sind ebenfalls größtenteils Frauen. Männer sind durchschnittlich mit etwa 30 Prozent eher in den pflegewissenschaftlichen Berufen zu finden. Menschen mit Migrationshintergrund sind mit 18 Prozent in der Altenpflege und bis zu 20 Prozent in Servicebereichen stationärer Einrichtungen überdurchschnittlich stark vertreten. Die Anzahl sogenannter Pendelmigranten, die teilweise auf nicht legalem Weg als Haushaltshilfen oder Betreuungskräfte eingestellt würden, wird auf etwa 115.000 Personen geschätzt.

Problemlagen

Die präferierte häusliche Pflege sieht sich laut den Autoren mit einigen Herausforderungen konfrontiert. Nicht nur der Bedarf an Hilfen und Betreuungsleistungen für ältere Menschen steigt, auch verlangen etwa demenzielle Erkrankungen oder Multimorbidität eine spezielle Pflegearbeit. Der Übergang von der teilstationären zur stationären Pflege sei unzureichend ausgereift. Niedrigschwellige und flexible Angebote führten noch nicht zur gewünschten Regeneration von Ressourcen, um die stationäre Pflege als endgültige Lösung zu ersetzen. Ambulante Dienste in Verbindung mit pflegenden Angehörigen würden

gerade bei einer benötigten vollen pflegerischen Leistung oder Rund-um-die-Uhr-Versorgung zunehmend schwierig für die betreuenden Angehörigen. Es fehlten hauswirtschaftliche und personennahe pflegerische Leistungen, um die Grenzen zwischen den zu erbringenden Tätigkeiten fließender zu gestalten. Das Ausweichen auf osteuropäische Haushalts- und Betreuungskräfte trete dann oftmals in einkommensstarken Bevölkerungsgruppen auf. Nach Angaben des statistischen Bundesamtes werden etwa haushaltsnahe Dienstleistungen bis zu 95 Prozent als Schwarzarbeit erbracht. Dabei sei keine systematische Qualitätssicherung der Pflege zu gewährleisten.

Die Probleme auf dem Arbeitsmarkt betreffen insbesondere den drohenden Fachkräftemangel. Das Statistische Bundesamt erwartet bis 2025 einen Mangel an 90.000 Pflegekräften. Dies könne zu einer Verschlechterung der Pflegequalität führen. Als weiteres Problem nennt das Papier die Pflegesatzverhandlungen, die maßgeblich den Personaleinsatz in der stationären Pflege bestimmen. Diese seien in hohem Maße vom Verhandlungsgeschick der Parteien geprägt, und die Ergebnisse unterscheiden sich teilweise stark auf regionaler Ebene.

Handlungsempfehlungen für das Pflegesystem

Das Positionspapier spricht sich für einen Paradigmenwechsel in der Pflegepolitik aus. Vergleichbar mit der Einführung des Elterngeldes und dem Ausbau der Krippenplätze, müsse auch in der Pflege das familienbasierte System ergänzt werden. Die Umgestaltung müsse über der Erkenntnis erfolgen, dass Pflege nicht Privat- sondern Gesellschaftssache ist. Um diesen Pfadwechsel voranzutreiben, müsse die finanzielle Basis des Pflegesystems erweitert werden. Dazu müsse der Anbieterwettbewerb um den geringsten Preis eingeschränkt werden und Qualitätskriterien an vorderste Stelle rücken. Damit müssten vor allem eine stetige Qualifizierung der Beschäftigten sowie die Verbesserung von Arbeitsbedingungen einhergehen.

Tarifverträge in der Sozialwirtschaft, wie etwa die Einführung eines Branchentarifvertrages Pflege, wären ein sinnvolles Mittel, so die Analysten, um die niedrigen Löhne zu bekämpfen. Darüber hinaus müsse ein Modell geschaffen werden, das eine einheitlich geregelte Qualifizierung ermöglicht und ein Nebeneinander von zu vielen spezialisierten Berufsabschlüssen verhindert. Haushaltsnahe Dienstleistungen und Alltagsbegleitung müssten durch eine aufeinander aufbauende und durchlässige Qualifizierung weiter entwickelt werden, um ein hohes Maß an personeller und sozialer Kompetenz zu gewährleisten.

Bei der Rund-um-die-Uhr Versorgung müssten, so die Verfasser der Studie, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden, die mit kontrollierten Arbeitsbedingungen verknüpft werden. Dazu könnten etwa Formen der öffentlichen Beschäftigung gefunden werden. Für pflegende Angehörige müsse die Existenz gesichert werden, etwa indem das Pflegegeld, sowie die Anrechnung ihrer Leistungen auf die Rentenversicherung erhöht wird. Flexible Arbeitszeiten ermöglichen es den pflegenden Angehörigen darüber hinaus, auf die Erfordernisse des Pflegefalles reagieren zu können.

Um die Pflegequalität zu verbessern, müssen die Handlungsmöglichkeiten vor Ort angepasst werden. Dabei raten die Autoren zu einer regional ausgerichteten Planung der stationären Versorgung mit mehr und qualifizierterem Personal. Bei den ambulanten und haushaltsnahen Dienstleistungen müssten die Bedeutung der Vernetzung und Qualifizierung der Dienstleistungen sowie die

sozialversicherungspflichtige Beschäftigung steigen. Verlässliche und qualitative intermediäre Einrichtungen, die ältere Menschen und Angehörige ausführlich über ihre Möglichkeiten beraten, müssten ausgebaut werden.

Schlussfolgerungen

Ausgangspunkt des Diskussionspapiers ist die Frage, ob der schwindende Anteil privater Pflege durch geeignete Mittel ergänzt werden kann. Das Papier attestiert jedoch nur unzureichende Entwicklungen in der häuslichen Versorgung aufgrund von mangelhafter Finanzierung, prekären Arbeitsverhältnissen und dem Verlust an Pflegequalität. Um die Privathaushalte zu entlasten, rät das Papier zu Reformen in Richtung integrativer, servicebasierter Versorgungsmodelle. Haushalts- und personenbezogene Dienstleistungen müssten stärkere Berücksichtigung finden. All diese Ziele stehen und fallen mit der Verfügbarkeit von Fachkräften. Hier steht die Pflege- und Arbeitsmarktpolitik vor der Herausforderung, die Zahl der Beschäftigten auszuweiten und das Berufsbild zu profilieren. Bis dahin ist es noch ein weiter Weg.

Das Positionspapier „Pflege zwischen Familie, Markt und Staat“ ist im Dezember 2013 in der Reihe „WISO Diskurs“ der Friedrich-Ebert-Stiftung erschienen und [hier](#) abrufbar.

Green Care in Österreich: Agrarbetriebe als Gesundheits- und Pflegedienstleister

Die Landwirtschaftskammer in Wien hat mit Unterstützung der zentralen Behörden, des Landes und der Europäischen Union ein Pilotprojekt durchgeführt, das die herkömmliche Palette landwirtschaftlicher Angebote „um pädagogische, therapeutische und pflegerische Produkte sowie soziale Arbeit“ erweitern und damit einen Beitrag „zur Bildung und Gesundheit der Stadtbevölkerung“ leisten sollte. „Green Care“ startete im Jahr 2011 als Pilotprojekt (www.greencare-wien.at) und wird seit August 2012 österreichweit umgesetzt. Träger des Projektes sind neben der Landwirtschaftskammer die Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik, das Österreichische Kuratorium für Landtechnik und Landentwicklung und die Bundesanstalt für Bergbauernfragen.

Konzept und Ziele

Angesichts steigender Gesundheitskosten gelte es für 66 Prozent der Österreicher (für 5,5 Millionen Menschen), „die in 34 Stadtregionen des Landes leben, (...) innovative Maßnahmen in den Bereichen Pädagogik, Therapie, Pflege und soziale Arbeit zu finden“. Eine solche neuartige Lösung stelle „Green Care“ dar. Dieses Konzept treffe sich mit der jüngsten Initiative „Unternehmen Landwirtschaft 2020“ des Landwirtschaftsministeriums, die darauf abzielt, „Österreichs Bauernhöfe zukunftsfit zu machen“.

„Green Care“ erweitere die Produktpalette der Landwirtschaftsbetriebe und schaffe eine Win-win-Situation für alle Beteiligten. Die betreuten Menschen „profitierten nachweislich davon“ und das Gesundheitssystem werde spürbar entlastet. Neben dem „Urlaub auf dem Bauernhof“ und der Praxis der Direktvermarktung biete „Green Care“ eine große Chance für die bäuerlichen Betriebe, „sich breit aufzustellen“. Das neue Konzept wirke zudem einer weiteren Verringerung der Zahl der Agrarbetriebe

entgegen. Voraussetzung für die Teilnahme am Projekt „Green Care“ sei eine entsprechende Größe des Hofes, vorhandenes Pflegepersonal und Investitionen in einen behindertengerechten Ausbau des jeweiligen Agrarbetriebes. Dafür gebe es staatliche Förderungsmittel.

„Wir haben uns zum Ziel gesetzt, „Green Care“ erfolgreich in Österreich zu verankern. Sei es bei den Klienten (Kinder, Jugendliche, ältere Menschen, Menschen mit Burnout-Syndrom, mit Behinderung und andere), bei den Trägern beziehungsweise Kooperationspartnern, den Stakeholdern (Ministerien, Krankenkassen, Spitäler, Behörden etc.) und letztendlich in der gesamten Bevölkerung“, so die Initiatoren, Direktor Robert Fitzthum und Projektleiterin Nicole Prop, von der Landwirtschaftskammer Wien. „Fernab von Streichelzoo und Landausflug“ werde so die Beziehung zwischen Mensch, Tier und Natur zum Gegenstand professioneller pädagogischer, therapeutischer, pflegerischer Arbeit bzw. Betreuungsarbeit am Bauernhof. Die Zielgruppe sei breit und umfasse „Klienten jeden Alters und jeder Herkunft. Vom sogenannten ‚Zappelphilipp‘ über den ausgebrannten Manager bis hin zu älteren Personen und Menschen mit besonderen Bedürfnissen bietet das Projekt für jede und jeden ein entsprechendes Angebot“. Agrarbetriebe selbst würden mit dem Projekt „zum Arbeits-, Lebens- und Erlebnisraum“ und würden Perspektiven für ein gesundes, ausgewogenes Leben in und mit der Natur bieten.

Wichtigste Voraussetzung: Qualifikation und Berufsbild

Im „einfachsten Fall“ stellten Bauernhöfe verschiedenen Trägerorganisationen Räumlichkeiten oder Agrarflächen, zur Verfügung. Davon erwarteten sie sich zusätzliche finanzielle Einkünfte. Wenn aber in einem weiteren Schritt Bäuerinnen und Bauern selbst Betreuungsdienstleistungen anbieten wollen, bedürfe es einer entsprechenden Qualifikation und eines entsprechenden eigenen Berufsbildes. Hier halten Experten „ein zertifiziertes Bildungsangebot“ und eventuell sogar ein spezielles „Green Care-Gesetz“ für unerlässlich. An der Agrarpädagogischen Akademie der Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik in Wien wird seit Herbst 2012 ein berufsbegleitender „Masterstudiengang Green Care“ angeboten. Ferner könnten Interessenten auch bereits Hochschullehrgänge für die Arbeit mit Wildkräutern und Arzneipflanzen oder für „tiergestützte Therapie und Pädagogik“ belegen.

Zukunftsmusik: „Green Care“ auf Krankenschein

Bis aber „Green Care“ in Österreich flächendeckend wirken könne, seien viele „Herausforderungen im Gesundheits- und Sozialversicherungsbereich“ zu bewältigen. Damit „Green Care“-Leistungen einmal „auf Krankenschein zu bekommen seien“, wäre es noch „ein langer Weg“. Vor allem müssten erst einmal entsprechende Leitlinien und standardisierte Behandlungskonzepte dafür erarbeitet werden. Obwohl „Green Care“ ein „wunderbares Modell“ sei, „weil es sektorenüberschreitend und kreativ ist und die Eigenständigkeit der Patienten stärkt“, entfielen noch 95 Prozent der Gesundheitskosten auf die „Reparaturmedizin“ und erst fünf Prozent auf vorbeugende Maßnahmen.

Bemerkenswertes Interesse der Agrarbetriebe

Das Interesse landwirtschaftlicher Betriebe an dem Projekt ist groß. Laut der Agrarstudie 2012 sind 64 Prozent der befragten Bäuerinnen und Bauern davon überzeugt, dass sich soziale Dienstleistungen sinnvoll in die Landwirtschaft integrieren lassen und auch Möglichkeiten für sie bieten. Schon gebe es innovative Betriebe wie etwa den Adelwöhrerhof (www.adelwoehrerhof.at) in der Steiermark, „auf dem 14 ältere Menschen ihren Lebensabend verbringen, mitarbeiten, aber auch gepflegt werden können“.

„Green Care international“

Während in Österreich erst das Pilotprojekt für „Green Care“ lief, erntete man in anderen Ländern bereits „reiche Früchte“ ähnlicher Bemühungen. Besonders in den Niederlanden haben sich in den vergangenen Jahrzehnten zahlreiche Initiativen wie das „Care Farming“ und die „Bauernhofpädagogik“ etabliert. In Deutschland gab es im Jahr 2006 bereits über 700 so genannte Care Farms. Englands Gärten entwickelten viele Angebote „für die von den Briten gerne genutzte Gartentherapie“. In Finnland und Norwegen setzt man in erster Linie „auf die Unterstützung der Vierbeiner“ und lege den Fokus auf die „tiergestützte Therapie und Pädagogik“. Diese unterschiedlichen Schwerpunkte gehen nicht zuletzt auf die geografischen, kulturellen, wirtschaftlichen und historischen Merkmale der einzelnen Länder zurück. Derzeit wird angestrebt, „Green Care“ als festen Bestandteil in die EU-Agrarpolitik zu integrieren.

Eine Analyse österreichischer Wissenschaftler zur Wirkung und zum Nutzen von „Green Care“ (84 S.; Wien: Mai 2012) und eine „Analyse unterschiedlicher ‚Green Care‘-Finanzierungsmodelle in Österreich und dem europäischen Ausland“ (127 S.; Wien: März 2012) finden sich [im Internet](#).

Gesundheit

Zweite Heidelberger Hundertjährigen-Studie

Zwischen den Jahren 2000 und 2010 ist laut Angabe der „Human Mortality Database“ die Zahl der Hundertjährigen in Deutschland um 122 Prozent von 5.937 auf 13.198 gestiegen. Die Wahrscheinlichkeit, ein so hohes Alter zu erreichen, ist damit deutlich gestiegen. Jedes zweite der nach dem Jahr 2000 geborenen Kinder hat gute Chancen, die 100-Jahr-Marke zu erreichen. Doch wie geht es den Hundertjährigen? Eine von der Robert Bosch Stiftung und der Dietmar Hopp Stiftung geförderte Studie untersuchte die Herausforderungen, die Stärken und Potentiale, die ein Leben mit hundert Jahren kennzeichnen. Die empirische Studie, bei der 95 Hundertjährige untersucht wurden, gibt Aufschluss über den Gesundheitszustand und die Lebensqualität von Menschen im höchsten Alter in Deutschland. Die Studie repliziert und erweitert eine im Jahr 2000 vorrangegangene Analyse der hundertjährigen Menschen. Damals wurden 91 Menschen untersucht.

Gesundheitliches und psychologisches Wohlbefinden

In der Wissenschaft werden zwei Szenarien hinsichtlich der Gesundheit diskutiert: Aufgrund des medizinischen Fortschritts erreichen heute auch weniger robuste Menschen ein hohes Alter, das aber von vielen Krankheiten begleitet ist. Es könnte aber auch sein, dass sich aufgrund besserer Lebensbedingungen und eines gesünderen Lebensstils die körperliche und geistige Verfassung gegenüber früheren Geburtsjahrgängen verbessert haben. Die Ergebnisse der Heidelberger Studie vermelden hinsichtlich der körperlichen Ressourcen positive Trends. Die heutigen Hundertjährigen wiesen eine bessere Funktionstüchtigkeit auf als vor zehn Jahren und seien somit nicht stärker eingeschränkt. Die Sorge einer überproportionalen Ausweitung von Gebrechlichkeit, Krankheit und Pflegebedürftigkeit in sehr hohem Alter sei unbegründet. Auch die kognitiven Fähigkeiten seien im Vergleich zu den Untersuchungen im Jahr 2000 bedeutsam verbessert worden, was eine weitgehend selbständige Lebensführung auch bei körperlichen Beschwerden zulasse. Dennoch haben alle Untersuchten körperliche Beschwerden und Alltagseinschränkungen. Vier von fünf Hundertjährigen benötigen Leistungen der Pflegeversicherung, es besteht also ein starker Unterstützungsbedarf.

Soziale Ressourcen und Aktivitäten

Es leben heute mehr Hundertjährige weitgehend selbstständig und alleine in ihren Privathaushalten als in dem Vergleichsjahr. Die Familien, deren räumliche Nähe vorteilhaft für die Unterstützung der Senioren ist, sind stark gefordert. Hundertjährige ohne Kind haben weniger Hilfe zur Verfügung als jene mit in der Nähe lebendem Kind. Auch wenn insgesamt Verbesserungen in der Funktionstüchtigkeit beobachtet wurden, so liegen insbesondere Einschränkungen der Sensorik und Motorik wie etwa Höreinschränkungen vor. Beim Gehen oder Baden gab es keine Verbesserungen, sodass erhebliche Behinderungen sozialer und Alltagsaktivitäten bestehen.

Niedrige Geburtenraten und die zunehmende Berufstätigkeit von Frauen in Deutschland führen, so die Autoren, dazu, dass die Hundertjährigen von morgen alternative Unterstützungsmechanismen und Versorgungsstrukturen brauchen werden. Dies wird insbesondere der Fall sein für diejenigen, die in Privathaushalten leben wollen, um so ihre Eigenständigkeit wahren zu können. Vor

diesem Hintergrund sei der Zugang zu professioneller und niedrigschwelliger Hilfe auszubauen. Auch zu berücksichtigen sei, dass dies Anforderungen an die Sozialraumgestaltung stellt, die Begegnungsmöglichkeiten im Quartier und Besuchsdienste vorhalten müsse.

Fazit und Herausforderungen

Die untersuchten Hundertjährigen zeigten einen ausgeprägten Lebens- und Gestaltungswillen. Sie waren trotz körperlicher Gebrechen motiviert und optimistisch, da sie sich mit ihrer eigenen Endlichkeit und der damit verbundenen Integration des Todes als Teil des Lebens auseinandergesetzt zeigten. Fast zwei Drittel schauen positiv in die Zukunft, und fast alle haben Ziele, die sich vor allem auf die Familie beziehen. Die bewusste Annahme von Hilfe durch andere Menschen konnten die Empiriker bei der Mehrheit der Hundertjährigen beobachten. Damit diese positive Einstellung zum Leben auch voll zum Tragen kommen kann, bedarf es positiver Impulse und Unterstützung von außen, so die Forscher. Psychologische Stärke, spiele mit wenigen Ausnahmen eine wichtigere Rolle als soziodemographische, gesundheitliche und soziale Aspekte. Hundertjährige müssten die Möglichkeit haben, auch in diesem hohen Alter am sozialen Leben teilzuhaben. Sie gaben selbst an, gerne als Zeitzeugen ihren Beitrag zur Gesellschaft leisten und auf Themen in der Gesellschaft hinweisen zu wollen, die ihnen durch ihre Lebensgeschichte zentral erscheinen. Es bedarf daher einer aktiven Förderung, etwa indem die Senioren zu sinnstiftenden Aktivitäten und eigenständigen Tätigkeiten ermutigt werden.

Potentiale des höchsten Alters

Den Abschluss der Studie bildet die analytische Herangehensweise an die Frage: „Was können wir von Hundertjährigen lernen?“ von dem renommierten Gerontologen und Psychologen Andreas Kruse. Dieser durchleuchtet die psychologischen Konstrukte: Introversion, als vertiefte Auseinandersetzung mit sich selbst, Offenheit und damit Empfänglichkeit gegenüber neuen Eindrücken und Generativität als Motiv, sich in einer Generationenfolge zu sehen. Diese Konstrukte stehen bei der Analyse der Ergebnisse der psychischen Kräfte von Hundertjährigen im Zentrum. Zum Beispiel sei eine tiefe und konzentrierte Auseinandersetzung mit dem eigenen Selbst für ein schöpferisches Leben in hohem Alter wichtig. Ein anderer Punkt ist die Förderlichkeit des Eingebundenseins in ein emotional intimes, vertrauensvolles und geistig befruchtendes soziales Netzwerk eine bedeutende Komponente für die psychische Widerstandsfähigkeit. Bei körperlicher Verletzlichkeit seelisch-geistige Stärke aufzubringen, bilde schließlich ein bemerkenswertes Potenzial der hundertjährigen Frauen und Männer und reichhaltige Erkenntnisse für die Entwicklungs- und Selbstgestaltungsfähigkeit der Psyche.

Die „Zweite Heidelberger Hundertjährigen-Studie“ und weitere Informationen sind über die Internetseite des Instituts für Gerontologie der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg und [hier](#) abrufbar.

Materialien

Thomas Veszelits: Die Robin-Hood-Falle. »Mister Karstadt« Nicolas Berggruen. Eine Biographie

Berlin: Rotbuch Verlag, 2013, 302 S., 14,99 Euro, ISBN 978-3-86789-175-2

Nachdem der deutsch-amerikanische Investor Nicolas Berggruen im Jahr 2010 die angeschlagene Warenhauskette Karstadt übernommen hatte, galt er in Deutschland als „Karstadt-Retter“ und wurde von der Öffentlichkeit wie ein Messias gefeiert. Der Sohn des legendären Kunsthändlers und Mäzens Heinz Berggruen hatte sich in der Vergangenheit bereits einen Namen als sozial und ökologisch verantwortungsbewusster Investor gemacht, der anders als die gefürchteten „Heuschrecken“ nachhaltige Investitionen dem schnellen Profit vorziehe. Bloomberg beziffert sein jährliches Investitionsvolumen auf etwa 250 Millionen Dollar. Nach eigener Aussage ist Berggruen an Geld nicht interessiert und hat bereits erklärt, mehr als die Hälfte seines vom „Forbes Magazine“ im März 2013 auf rund 2 Milliarden Dollar geschätzten Vermögens für wohltätige Zwecke zu spenden.

Außerdem ist von Berggruen bekannt, dass sein Interesse der Kunst und der Politik gilt, wie sein Engagement für die Kunstförderung sowie sein Buch „Klug regieren“ und die Aktivitäten des Think-Tanks „Nicolas Berggruen Institute on Governance“ zeigen. Seit Berggruen jedoch Karstadt aufgespalten und gewinnbringende Teile veräußert hat, wurde zunehmend Kritik an dem ungewöhnlichen Investor laut. Diese erstreckt sich auch auf andere vormals hochgelobte Investments, die nun von verschiedenen Medien genauer unter die Lupe genommen wurden.

Der Journalist Thomas Veszelits geht in seiner im November 2013 erschienenen Nicolas-Berggruen-Biographie der Frage nach, wer dieser rätselhafte „Mister Karstadt“ eigentlich ist. Ist Berggruen wirklich der philanthropisch motivierte Investor, als der er sich in den Medien präsentiert? Oder nutzt er dieses erfolgreiche Image lediglich geschickt und unterscheidet sich am Ende gar nicht so sehr von anderen milliardenschweren Private-Equity-Investoren?

Aufbau des Buches

Die etwa dreihundertseitige Biographie ist in zwanzig Kapitel aufgeteilt. Dabei bildet „Der Karstadt-Deal“ mit einem Umfang von hundert Seiten den Kern des Buches – beziehungsweise das „Filetstück“, wie der Private-Equity-Manager sagen würde. Die ersten Kapitel konzentrieren sich auf Berggruens Herkunft, seine Familie und andere Wegbegleiter der Kindheit, Jugend und Ausbildungsjahre. Außerdem werden die Gründerjahre seiner Karriere nachgezeichnet, in denen er durch erfolg- und ertragreiche Investments den Grundstein für sein Vermögen legte. Die hinteren Kapitel nach dem zentralen „Karstadt-Deal“ beleuchten vor allem das politische Engagement Berggruens und die internationalen Verflechtungen zwischen Politik, Medien und Finanzwelt in seinem Wirkungskreis.

Herkunft und erste Geschäftserfolge

Berggruen wurde 1961 als Sohn des deutschstämmigen Kunstsammlers und „Picasso-Freunds“ Heinz Berggruen in Paris geboren

und wuchs dort und in einem renommierten Schweizer Internat auf. Sein Abitur machte er in Paris, bevor er als Trainee in ein Wirtschaftsunternehmen nach England ging. Anschließend studierte er zwei Jahre Wirtschaftswissenschaften an der New York University und begann mit seinem Bachelor-Abschluss kurz darauf eine Karriere in der Finanzbranche, indem er sich 250.000 Dollar von seinem Vater lieh und gewinnbringend investierte. Mit der „Alpha Private Equity Group“, seiner ersten eigenen Investmentfirma, die er im Alter von 23 Jahren gründete, verwaltete er mit seinem Partner, dem kolumbianischen Milliardärssohn Julio Mario Santo Domingo Jr. die Familienvermögen und akquirierte mit Hilfe der Kontakte der Familien weitere Investoren.

Mit mehreren Hedgefonds und Investmentgesellschaften verdiente Berggruen bald darauf Millionen. „Berggruen verfügt über einen bemerkenswerten Instinkt, wenn es darum geht, Geschäfte reifen zu lassen. Die Kunst des Abwartens beherrscht er wie kaum ein anderer“ (S. 95), so skizziert Veszelits Berggruens Erfolgsgeheimnis.

Berggruens erstes medienwirksames Investment war 1992 die Übernahme einer großen portugiesischen Medienunternehmensgruppe. 1995 gründete er die „Berggruen Holdings North America“ im Steuerparadies der Britischen Jungferninseln. Damit wurde Berggruen endgültig zum Big Player der Investmentbranche. Ab dem Jahr 2000 folgen Firmenübernahmen „von Medien über Möbel und Getränke bis hin zu Blumen und Brillen“ (S. 96). Veszelits beschreibt diese Phase folgendermaßen: „Wie ein Hurrikan fegt Nicolas Berggruen über die Finanz- und Wirtschaftsmärkte. Kauft ein, spaltet und trimmt die erworbenen Firmen auf Profit. Innerhalb von fünf Jahren zimmert er ein sagenhaftes Imperium rund um den Globus zusammen“ (S. 100).

Der „Homeless Billionaire“

Im Jahr 2000 verkauft Berggruen seine Besitztümer und wird zum selbsternannten „Homeless Billionaire“ (zu Deutsch „heimatloser“ bzw. „obdachloser Milliardär“). Seitdem lebt er ohne festen Wohnsitz in Luxushotels abwechselnd in Los Angeles, New York und London, wenn er nicht gerade in seinem Privatjet um die Welt reist. In Veszelits Augen „wirkt es mehr als zynisch, dass jemand wie Berggruen, der in den teuersten Hotels der Welt lebt, für sich das Wort ‚obdachlos‘ beansprucht“.

Nach der Jahrtausendwende wird Berggruen außerdem einer der größten Immobilieninvestoren in Berlin. Für mehr als 300 Millionen Euro erwirbt er dort 60 gründerzeitliche Mietshäuser und 13 denkmalgeschützte Gewerbehöfe. 2004 wird die „Alpha Private Equity Group“ in „Berggruen Holdings“ umbenannt und erhält den Namen, den Berggruens Investmentgesellschaft noch heute trägt. Selbst während des Höhepunkts der Finanzkrise 2007/2008 fährt Berggruen keine Verluste ein, sondern erlebt die „erfolgreichste Geschäftsperiode seines Lebens“. „Er ist wirklich außergewöhnlich“, beschreibt ihn ein Weggefährte. „Kein Wunder, dass sich auch Politiker gern an seinen Erfolg dranhängen. Seine mitreißende Dynamik verspricht, es mit ihm weit bringen zu können. Das unterscheidet ihn von anderen Millionären“ (S. 124).

Das „Filetstück“ des Buches: der Karstadt-Deal

Die Ereignisse rund um die Karstadt-Übernahme durch Nicolas Berggruen zwischen Dezember 2008 und Juni 2013 zeichnet Thomas Veszelits in seiner Berggruen-Biographie minutiös nach. Umfassende Recherchen und die Auswertung diverser im Internet

verfügbarer Quellen bewirken, dass sich die Chronologie so spannend wie ein Wirtschaftskrimi liest. Die Aktualität der Ereignisse tut ihr Übriges, um den Leser in Bann zu ziehen. Wie konnte es passieren, dass die Übernahme von Karstadt durch „Berggruen Holdings“ so anders wahrgenommen wurde als andere Private-Equity-Investments in Deutschland?

Letztlich kam Berggruen zu Karstadt wie die Jungfrau zum Kinde“, meint Veszelits. „Der Sohn des Kunstsammlers Heinz Berggruen wurde zum Heiland verklärt; ihm zu folgen sahen viele als Privileg an“ (S. 131). Kein Wunder, hatte Berggruen sein Interesse an der deutschen Traditionsmarke Karstadt doch folgendermaßen erklären lassen: „Für Nicolas Berggruen ist Karstadt ein Teil seiner Kindheit, Berggruen hat eine starke Verbundenheit mit Berlin, die sich sicherlich auch in diesem Engagement zeigt“ (S. 150). Damit überträgt sich der Kult um Heinz Berggruen und seine der Bundesrepublik „weit unter Preis überlassene“ Kunstsammlung auf seinen Sohn. Hinterfragt wurde anscheinend nichts; die Medien befanden sich im „Kollektivrausch“ und bemerken nicht einmal, dass Berggruen seine Kindheit in Paris und nicht in Berlin verbracht hatte. Im Hintergrund erhielt Berggruen Unterstützung von entscheidenden Politikern und der Gewerkschaft Ver.di. In Zeitungsinterviews präsentiert Berggruen sich als „schüchterner Milliardär“, der „mit seinen Investitionen Gutes tun“ will (S. 153f). „Mir ist der geistige Reichtum wichtiger als der materielle“, lässt er sich in der Bild am Sonntag zitieren. „Endlich“, so Vaszelits, „scheint man zu hoffen, verfügt Berlin über einen Robin Hood“.

Das positive Image des deutsch-amerikanischen Investors hielt allen Höhen und Tiefen der Karstadt-Übernahme stand, bis Berggruen im Sommer 2013 doch noch das gefürchtete und allseits verachtete Heuschrecken-Verhalten an den Tag legte und die besten Teile von Karstadt veräußerte. Seine Handlung begründet Berggruen mit dem Eingeständnis „Ich habe nicht gewusst, wie krank Karstadt [...] wirklich war.“ Was Berggruens bei der Karstadt-Übernahme wirklich motiviert habe, sei die Chance, neben Karstadt auch Kaufhof zu erwerben und beide Marken zu einer „Deutschen Warenhaus AG“ zu verschmelzen, glaubt der Autor. Mit einer solchen Marktmacht „würde sein Einfluss auf die Politik weiter wachsen“, denn der Politikgestaltung gelte Berggruens wahrer Ehrgeiz (S. 173).

Politikberatung – Hobby oder elitärer Ernst?

Als „passionierter Berater seines höfischen Kongresses der ergrauten Eminenzen“ (S. 191) bezeichnet der Autor Berggruen in seiner bevorzugten Rolle. Zeitlich parallel zur Karstadt-Übernahme gründete Berggruen 2009 sein „Berggruen Institute on Governance“ als ambitionierten Think Tank nach dem Vorbild des amerikanischen „Council on Foreign Relations“. Laut Veszelits beabsichtigt Berggruen damit, „seinen Jugendtraum zu verwirklichen“ und „die Weltpolitik zu verbessern“ (S. 152). Die Tätigkeiten des Instituts zielen darauf ab, Lösungen für große politische Herausforderungen zu entwickeln. Es versammelt „eine Kohorte von Ex-Staatschefs, Ex-Politikern, Ex-Bankern und mit Nobelpreisen ausgezeichneten Wirtschaftswissenschaftlern, Volksökonomern und Soziologen“ (S. 84). Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder unterstützte Berggruen bei seinen Plänen und „half ihm, andere ehemalige Staatschefs zu rekrutieren“, wie Bloomberg Newsweek später berichtete.

In den ersten drei Jahren veranstaltete das „Berggruen Institute“ bereits ein Dutzend internationaler Gipfel mit Arbeitspapieren, Beschlüssen und Direktiven „wie bei den echten G8- oder G20-Gipfeln“. Hiermit werde die Demokratie ausgehöhlt und „eine

global herrschende Eliteklasse" (S. 286) etabliert, so der Autor. Alle Beteiligten hätten bereits ihre Chance gehabt, als sie noch im Amt waren. Sämtliche Kosten, die bei den Treffen entstehen, trägt Berggruen selbst. „Die Denkfabrik genießt Berggruens volle Aufmerksamkeit. Karstadt spielt im Vergleich dazu nur eine untergeordnete Rolle" (S. 197), beurteilt der Veszelits Berggruens Prioritäten und meint, dieser sei dabei „mit Hilfe seiner Denkfabrik seine eigene Staatlichkeit zu etablieren". Denn: „Milliardäre wie Berggruen verfolgen nur ein Ziel: Sie wollen die Welt beherrschen" (S. 239).

2013 veröffentlichte Berggruen darüber hinaus sein Buch „Klug regieren. Politik für das 21. Jahrhundert", das in den Augen des Autors jedoch „bestenfalls Smalltalk" enthält. Der Soziologe und emeritierte Professor der Universität Münster Hans-Jürgen Krysmansi bezeichnet das Buch als Beispiel dafür, „wie die exzentrischen Milliardäre als Hobby-Weltverbesserer die ‚fundierte Politikforschung aus öffentlichen Institutionen ruinieren'" (S. 261).

Fazit

Dem Vater, dem berühmten Kunsthändler Heinz Berggruen, der mit seiner Picasso-Sammlung den Mythos Berggruen begründete, wird viel Platz im ersten Teil der Biographie seinen Sohnes eingeräumt. Die Rekonstruktion der frühen Jahre Berggruens bleibt nach Ansicht der Redaktion an einigen Stellen unklar. Häufig ersetzen Vermutungen des Autors stichhaltige Belege. Wegen vieler Zeitsprünge lässt sich die zeitliche Abfolge der Ereignisse mitunter nicht leicht nachvollziehen. Lange Exkurse mit wenig Aussagekraft für die Biographie, wie zum Beispiel über den kolumbianischen Domingo-Clan oder die Bloggerin Arianna Huffington unterbrechen den Handlungsstrang.

Dabei ist Veszelits jedoch zugute zu halten, dass er keinen direkten Zugang zu Berggruen hatte. Der Investor war nach Angaben des Autors „weder zu einem Gespräch noch zu Auskünften über sein Firmenimperium bereit" und schaltete stattdessen seinen Anwalt ein. Daher gestalteten sich die Recherchen für die Biographie sehr schwierig. Die wichtigsten Quellen des Autors waren neben Internetberichten und Gesprächen mit Weggefährten, Kontrahenten und Insidern die Heinz-Berggruen-Biographie von Vivien Stein aus dem Jahr 2011 und eine 45-minütige ZDF-Reportage von März 2012.

Vaszelits kommt zu keinem klaren Ergebnis, was die Bewertung des Berggruen-Mythos angeht. Zwar entzaubert der Autor den in Deutschland wie einen Messias gefeierten Karstadt-Retter als international tätigen, mit allen Wassern gewaschenen Private-Equity-Investor. Aber Nicolas Berggruen mit gewöhnlichen „Heuschrecken" gleichzusetzen, wird ihm dennoch nicht gerecht. Dazu schillert seine Persönlichkeit in zu vielen Facetten. Berggruen bleibt trotz intensivster Recherche bis zuletzt rätselhaft und undurchschaubar und bietet eine fabelhafte „Projektionsfläche für alle möglichen Wünsche" (S. 158).

Mehr Lesestoff über Nicolas Berggruen bietet der Artikel „[Der schöne Blender](#)" von Hendrik Ankenbrand, erschienen in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 29.12.2013.

Impressum

Verlag/Herausgeber:

BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT AG
Wörthstraße 15-17, 50668 Köln
Telefon 0221 / 97356-210
Telefax 0221 / 97356-479

Redaktion:

Stephanie Rüth (v. i. S. d. P.), s.rueth@sozialbank.de
Susanne Bauer, s.bauer@sozialbank.de

Henning Braem, h.braem@eufis.eu (Europa)
Nurcan Karapolat, n.karapolat@sozialbank.de (Pflege, Gesundheit)
Hella Krauß, h.krauss@sozialbank.de (Migration)

ISSN: 1869-7631
Erscheinungsweise: monatlich